

Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP) vom 17. Januar 2008: Aktiv für Kinder: 60 neue Kita-Plätze pro Jahr!; Abschreibung

Am 12. Juni 2008 hat der Stadtrat die folgende Motion Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt und am 23. September 2010 einer Fristverlängerung für die Umsetzung der Motion bis Ende 2012 zu:

Eine vom Verein Region Bern VRB in Auftrag gegebene Studie von 2007 weist nach, dass Kindertagesstätten volkswirtschaftlich rentabel sind (www.regionbern.ch). Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Kinderbetreuung in Kitas in der Region Bern liegt kurzfristig bei 1.5 bis 2* Franken und langfristig bei 2.6 bis 3.5 Franken pro investiertem Franken. Auf ähnliche Resultate kamen auch andere Studien im In- und Ausland.

Vom Nutzen – höhere Erwerbseinkommen, Sozialversicherungsbeiträge und Steuereinnahmen sowie vermiedene Sozialhilfekosten – profitieren nicht alle gleich:

- Ausgeglichen, mit 1 zu 0,8 bis 1.2, ist die Bilanz für die Standortgemeinden. Sie haben den kleinsten finanziellen Nutzen, profitieren aber dennoch, da ihr Einsatz wieder zurückfliesst und sie von vielen zusätzlichen nicht qualifizierbaren Vorteilen profitieren, wie die Förderung von Entwicklung, Chancengleichheit und Integration der Kinder, Standortvorteile für die Wirtschaft sowie Attraktivität der Wohngemeinde für Familien.
- Für den Kanton beträgt das Verhältnis 1 zu 1,3 bis 1,8. Es fließen also 30 bis 80 Prozent mehr Einnahmen in die Kasse des Kantons, als er für die Kitas ausgibt.
- Das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis hat der Bund mit 1 zu 10. Er beteiligt sich nur marginal an der Finanzierung und nimmt das Zehnfache davon ein.
- Ebenfalls einen grossen Nutzen – 1 zu 7 bis 9.4 – haben die Eltern der betreuten Kinder.

*Die erste Zahl entspricht dem Minimalszenario, die zweite dem Maximalszenario.

Forderung

In der Stadt Bern warten über 700 Kinder auf einen Kita-Platz. Dies ist nicht nur ein gesellschaftspolitischer Missstand, sondern bedeutet auch entgangenen volkswirtschaftlichen Nutzen. Aufgrund der nachgewiesenen Rentabilität von Kita-Plätzen fordern wir den Gemeinderat auf:

1. Dem Stadtrat einen Nachkredit für 40 neue, zusätzliche Kita-Plätze für 2008 (zusätzlich zu den bereits geplanten 20 Kita-Plätzen) zu unterbreiten. Bei der Schaffung der neuen Plätze ist auf eine gute Betreuungsqualität und gute Arbeitsbedingungen für die Betreuenden zu achten.
2. Für die nachfolgenden Jahre im PGB als Steuerungsvorgabe 60 zusätzliche Kita-Plätze aufzunehmen und die entsprechenden finanziellen Mittel einzustellen.
3. Bei Kanton und Bund zu intervenieren, damit sie einen grösseren Anteil der Kosten für familienergänzende Kinderbetreuung übernehmen.

Bern, 17. Januar 2008

Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP), Claudia Kuster, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flücki-

ger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Miriam Schwarz, Beni Hirt, Markus Lüthi, Gisela Vollmer, Corinne Mathieu, Stefan Jordi, Guglielmo Grossi

Bericht des Gemeinderats

Zu Punkt 1:

Bereits in der Antwort des Gemeinderats zu Punkt 1 vom 7. Mai 2008 wurde darauf hingewiesen, dass die Forderung, dem Stadtrat einen Nachkredit für 40 neue, zusätzliche Plätze für das Jahr 2008 zu unterbreiten, aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist. Zum heutigen Zeitpunkt ist Punkt 1 der Motion ohnehin nicht mehr erfüllbar.

Zu Punkt 2:

In den Jahren 2009 - 2011 konnten insgesamt 183 neue Plätze in Tagesstätten und 10 Plätze bei Tageseltern geschaffen werden. Damit wurde die Forderung der Motion für diesen Zeitraum gesamthaft mehr als erfüllt.

Am 15. Mai hat das Stimmvolk den Gegenvorschlag zur Kita-Initiative angenommen. Damit werden auf 1. Januar 2013 Betreuungsgutscheine und somit ein neues Finanzierungs- und Steuerungssystem eingeführt. Neu werden nicht mehr die Kitas subventioniert werden, sondern die Eltern. Sie erhalten einen Betreuungsgutschein, der in den städtischen und privaten Kitas sowie bei den Tageseltern eingelöst werden kann.

Damit ändert sich die Politik der familienergänzenden Tagesbetreuung für Vorschulkinder in der Stadt Bern grundsätzlich. Nach der Einführung der Betreuungsgutscheine kann die Stadt Bern das Tagesstättenangebot im Vorschulbereich nicht mehr steuern. Es werden zudem keine Grundlagen mehr zur Verfügung stehen, welche es ermöglichen, die Wartezeit auf einen Platz zu erfassen. Die Steuerung und Schaffung neuer Plätze wird dem freien Markt überlassen. Neue Plätze könnte die Stadt höchstens noch bei den eigenen städtischen Kitas schaffen. Dies ist angesichts der Ausrichtung des Gegenvorschlags und der damit einhergehenden liberalisierten Rahmenbedingungen nicht sinnvoll.

2012 - vor dem Systemwechsel - ist noch die Schaffung von 20 neuen Plätzen vorgesehen. Diese sollen in bestehenden städtischen und privaten Einrichtungen realisiert werden. Es ist nicht sinnvoll, 2012 mehr als diese 20 Plätze zu schaffen, da es sehr schwierig werden würde, kurzfristig Träger oder Trägerinnen zu finden, die bereit sind, nur für ein Jahr gesicherter Finanzierung zusätzliche neue Plätze zu schaffen bzw. neue Betriebe zu eröffnen.

Zu Punkt 3:

Der Gemeinderat hat sich beim Kanton immer wieder und auf verschiedenen Ebenen für eine höhere Abgeltung im Rahmen des Lastenausgleichs eingesetzt. Eine Erhöhung der Abgeltung der Kosten pro Tag konnte nicht erreicht werden. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern hat der Stadt in den letzten Jahren aber immer wieder Zusatzermächtigungen für Plätze und Betreuungsstunden aus nicht ausgelasteten Kontingenten anderer Gemeinden ausgestellt. Dies führte zu höheren Erträgen aus dem Lastenausgleich.

Im Rahmen von Vernehmlassungen hat sich der Gemeinderat auf Bundesebene für eine Fortführung der Finanzhilfen für die familienergänzende Tagesbetreuung eingesetzt. Das Parlament hat am 1. Oktober 2010 die Verlängerung des Impulsprogramms um vier Jahre bis zum

31. Januar 2015 beschlossen und dazu einen neuen Verpflichtungskredit von 120 Mio. Franken bewilligt.

Dazu ist aber zu bemerken, dass mit der Einführung der Betreuungsgutscheine ab 2013 nicht mehr die Stadt Bern, sondern ausschliesslich die Träger und Trägerinnen der einzelnen Betriebe von der Finanzhilfe des Bundes profitieren werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Abschreibung der Motion hat keine direkten Auswirkungen auf das Personal und die Finanzen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärte Motion abzuschreiben.

Bern, 29. Juni 2011

Der Gemeinderat